 Berg. Wochenschau, 6.1.12

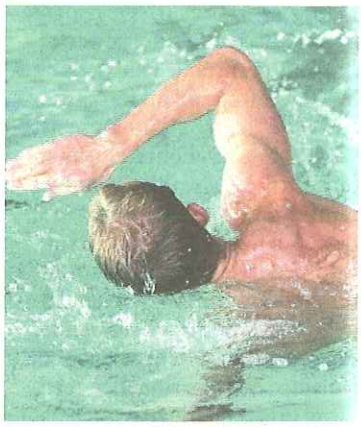
Erst 100.000 Euro bringen die Politiker wieder an den Tisch

Von Henning Brüggemann

Noch ist das Spendenbarometer für das Freibad Dabringhausen im roten Bereich. Am 25. Dezember zeigte es einen Stand von 15.782 Euro an, also noch weit entfernt von den benötigten 100.000 Euro. Diese Summe muss erreicht werden, damit in diesem Jahr das Freibad saniert werden kann. Firmen, die etwas unternehmen und das Freibad Dabringhausen mit einer Spendenzusage unterstützen, bekommen auf der Internetseite www.dabringhausen-online.de für ein Jahr eine kostenlose Werbefläche mit Verlinkung der eigenen Homepage. Das Angebot steht auch Vereinen oder Organisationen offen und auch Privatpersonen können auf Wunsch genannt werden.

Jede Form der Unterstützung wird dringend benötigt, erst Recht, nachdem die Stadtverwaltung Zahlen veröffentlicht hat, wonach für 2012 140.000 Euro benötigt werden und mittelfristig weitere 200.000 Euro investiert werden müssen. Grund zu Optimismus verbreitete der Fraktionsvorsitzende Henning Reese von der WNK UWG (Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik Unabhängige Wählergemeinschaft e.V.) mit der Aussage, „dass die Politiker die Entscheidung zum Freibad noch einmal überdenken würden, sollte der Förderverein es schaffen, 100.000 Euro an verbindlichen Spendenzusagen zu erhalten".

Wer also auch in Zukunft im Freibad Dabringhausen schwimmen und sonnen möchte, sollte seinen Beitrag dazu leisten.



Die Geldsorgen schwimmen mit.

BM 10.01.12

Wartmann: Bürgerwille ist entscheidend

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Stadt werde künftig kein Geld für die Sanierung ins Freibad stecken können, jedoch sollte man über Kompromisse nachdenken: Zum Beispiel das Hallenbad im Sommer für drei Monate zu schließen und dafür das Freibad drei Monate öffnen. Dies sagte gestern im BM-Gespräch der Erste stellvertretende Bürgermeister Dirk Wartmann als Reaktion auf das Engagement des Freibad-Fördervereins in Dabringhausen – und auch als Anstoß für Bürger, damit ihr Bürgerwille deutlich wird.

Wartmann: „Ein solcher Kompromiss erfordert Flexibilität. Auch WTV und DLRG müssen Kompromisse eingehen, ebenso der Café-Pächter. Auch das Schulschwimmen müsste teilweise neu organisiert werden, also die Schulen müssten den Kompromiss mittragen. Dann müsste auch das Personal flexibel eingesetzt werden."

Kompromisse eingehen

Ein Hallenbad kostet im Monat etwa 65 000 Euro im Betrieb. Wartmann rechnet etwa 15 000 Euro für den monatlichen „Leerbetrieb", so dass für den Betrieb des Freibades je Monat 40 000 Euro zur Verfügung ständen. „Mit diesen 120 000 Euro Betriebskosten-Zuschuss wäre schon eine Menge getan", so Wartmanns Rechnung. Mit dem Geld aus der Spendenaktion könnte der Filter erneuert werden, so dass ein Betrieb möglich wäre. „Wir haben einen Investitionsstau von rund 400 000 Euro. Da ist nichts kaputt. Das Bad ist nur nicht auf dem neusten Stand, weil die Stadt es nur mit Minimalaufwand gepflegt hat."

Nach seiner Auffassung seien mehr denn je die Bürger gefragt. Was im Moment diskutiert werde, seien „Szenarien in der Gerüchteküche", denn man wisse auch in der Stadt nicht, wie es weiter gehen solle. „Hier das richtige Maß zu finden, damit unsere Stadt nicht ausblutet, ist wohl die Kunst an der Sparstrategie", so Wartmann. „Dass sie liebens- und lebenswert bleibt, wird aber unser aller Aufgabe sein." Denn: Mit allen Geldern aus Einnahmen wie Steuern würden Pflichtaufgaben, aufgebürdet von Land oder Bund, finanziert.

Bücherei, Katt, Schwimmbäder, Sportstätten, Kultur und Musikschule seien freiwillige Leistungen. „Dafür fehlt das Geld. Deshalb müssen WIR, die Bürger, diesen Einrichtungen finanziell oder personell, zum Beispiel übers Ehrenamt, helfen." Wartmann fordert die Bürger auf, sich zu „unserer Stadt zu bekennen": Mitmachen und helfen, nicht meckern und beschweren. „Viele helfen, aber es sind immer noch zu wenig, um das Defizit auszugleichen." Wer etwas fördere, tue es nicht für sich, sondern für alle. „Wir werden dies nur in einer großen gemeinsamen Aktion ‚Wir sind Wermelskirchen' erhalten können."

Und wenn dann zum Beispiel im Bad etwas defekt sei, müsse der Bürger spenden, um den Fortbestand zu sichern: „Sind genügend Bürger in Wermelskirchen bereit, ein Freibad aus eigenem Geldbeutel zu erhalten? Das Ergebnis ist Bürgerwille. Die Politiker wären gut beraten, diesen Willen zu akzeptieren. Egal wie es ausgeht", empfiehlt Wartmann. **KOMMENTAR**

Grünflächenpflege: Konzept vorstellen

Die WNK-UWG-Fraktion beantragt, dass die Stadtverwaltung das Grünflächenkatasters vorstellt und ein gestaffeltes Konzepts zur Grünflächenpflege erarbeitet. Das Kataster werde seit geraumer Zeit im Tiefbauamt bearbeitet; daraus müsse das Rathaus ein Konzept zur Grünflächenpflege in der Stadt entwickeln können und dem Fachausschuss bzw. Rat verschiedene qualitative und quantitative „Pflegestufen" zur Entscheidung anbieten – „und quantifiziert, wie viele personelle und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung der jährlichen Pflegemaßnahmen in der jeweiligen Stufe zur Verfügung gestellt werden müssen". *s.n.* WGA 10.01.12

KOMMENTAR

Bürger entscheiden über ihre Zukunft

Die Zeit, als Wermelskirchen eine Insel der Glückseligen war, ist vorbei. Der Kämmerer stellt just ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept auf. Den Entwurf des Haushaltes wird er am 30. Januar 2012 einbringen. Dann wird in den Gremien diskutiert.

Wobei heute längst noch nicht klar ist, ob überhaupt noch diskutiert werden kann. Das Haushaltsloch wird nicht kleiner. Gemunkelt wird damit, dass die einzusparende Summe um locker eine Million Euro höher liegen soll als noch im vorigen Herbst. Das könnte an die Substanz gehen. Nicht nur bei einem Freibad.

So müssen sich die Bürger ernsthaft überlegen, was sie wollen. Engagieren sie sich – ehrenamtlich oder finanziell – oder lassen sie IHRE Stadt ausbluten? Die Politiker werden zwar Schwerpunkte setzen, aber nicht mehr wie Heilsbringer wirken. Wer als Verein etwas erreichen will, muss es selbst anpacken. Nur wenn der Bürgerwille vorhanden ist, hat das Vereinswesen, ja diese Stadt eine Zukunft.

UDO TEIFEL

BH 10.01.12

Rehse: „Nicht Zahlen, der Mensch hat Vorrang“

WERMELSKIRCHEN (BM) Für die WNKUWG ist ein genehmigungsfähiger Haushalt der Stadt kein Maß aller Dinge – seine Fraktion werde „Sparorgien nicht um jeden Preis mitfeiern“, erklärte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse in einer Stellungnahme. Er reagierte auf die Äußerung von Friedel Burghoff, der ihm Unredlichkeit und Populismus vorgeworfen hatte. Rehse hatte dem Freibadförderverein Dabringhausen Hoffnung gemacht, dass die Politik ihre Vorgehensweise überdenken könne, wenn der Verein 100 000 Euro zusammentragen würde. Es sei ein gutes Recht des Bürgerforums, nackten Zahlen Vorrang vor Bedürfnissen der Menschen einzuräumen. Wohin das jedoch führe, hätten Banken-, Finanz- und Eurokrise gezeigt. „Wir räumen hingegen in unserem politischen Handeln den Menschen den Vorrang ein,“ postuliert Rehse.

Es sei ebenso das Recht anderer Gruppierungen, eine das Freibad erhaltende Meinung zu haben und für diese zu werben: „Leute, die dies als fragwürdig, unredlich und populistisch bezeichnen, wollen so nur von der eigenen Einfallslosigkeit oder Zahlengläubigkeit ablenken“, glaubt Rehse. Zum Glück habe das Bürgerforum nur zehn von 62 Stimmen im Rat – „so wurde mit nahezu allen anderen politischen Kräften gemeinsam verhindert, dass dem Wirtschaftsplan der Katt, dem Leuchtturm in der Jugend- und Kulturarbeit in Wermelskirchen, die Zustimmung verweigert wurde“, heißt es in Rehses Stellungnahme. Für die WNKUWG gehörten zu einer Stadt der Größe Wermelskirchens ein Hallenbad, ein Freibad, die Katt, die Musikschule, die Stadtbücherei, eine funktionierende Wirtschaftsförderung sowie Stadtmarketing inklusive einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung, Sauberkeit und Ordnung sowie gepflegter Grünflächen dazu. Andere Städte dieser Größenordnung hätten dies auch, obwohl sie seit Jahren in Nothaushalten wirtschafteten.

Bürger nicht in Haftung nehmen

Rehse bezeichnet es als „unredlich, die Bürger für die schlechte finanzielle Situation in Haftung zu nehmen und zu belasten“. Nahezu alle Kommunen in NRW seien pleite – nicht weil sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten, sondern weil sie immer mehr Aufgaben von Land, Bund und Europa erledigen müssen, die Kosten aber nicht vom Verursacher getragen würden. Rehse kritisiert das „permanente Herunterbeten des Bürgerforum, wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt und müssten die Gürtel enger schnallen“: „Wenn wir 2018 einen ausgeglichenen Haushalt haben, aber kein Freibad, kein Hallenbad, keine Katt, keine Musikschule mehr, dann werden wir auf die Trümmer unserer Infrastruktur blicken. Wir würden dann aber Transferleistungen für Städte wie Remscheid zahlen, die immer noch existierende Infrastrukturen wie Bäder oder Kunstrasenplätze haben.“

LESER-FORUM

Mitmachen, nicht meckern und auf Hilfe warten

Zum WGA-Artikel über das Freibad Dabringhausen „Noch fehlt ein großer Batzen" (WGA; 11. Januar)

Was in den letzten Monaten alles an Negativbotschaften auf die Bürger der Stadt einprasselte, ist hart. Wie es weiter gehen soll, ist nicht sicher. Die Szenarien, die sich in der Gerüchteküche halten, helfen da nicht weiter.

Meines Erachtens stehen zwei Varianten zur Auswahl:
1. Alles belassen wie es ist und überschuldet untergehen, oder aber 2. handeln und weitere starke Einschnitte an den Leistungen vorzunehmen, um aus der Misere zu kommen.

Hier das richtige Maß zu finden, damit unsere Stadt nicht ausblutet, ist die Kunst an der Sparstrategie. Dass sie liebens- und lebenswert bleibt, wird aber unser aller Aufgabe werden.

Wer sich heute auf die Meinung versteift: Ich zahl doch Steuern und Abgaben, da kann die Stadt doch auch eine Gegenleistung erbringen, der hat immer noch nicht erkannt, dass die Gelder aus diesen Einnahmen zum größten Teil in Pflichtaufgaben investiert werden müssen.

Für freiwillige Leistungen wie Bücherei, Katt, Kultur, Schwimmbäder, Sportstätten und Musikschule ist kaum noch Geld übrig. Diese guten Leistungen können wir nur erhalten, in dem wir bereit sind, diese Einrichtungen finanziell und personell zu unterstützen – jeder nach seinen Möglichkeiten.

Um den Standard zu erhalten, müssen wir uns zu unserer Stadt bekennen. Mitmachen, nicht meckern, beschweren und auf Hilfe warten.

Wer ein Bad erhalten will, muss sich dazu bekennen, ob er es benutzt oder nicht. Wer eine Bücherei für sinnvoll ansieht, muss sie erhalten, ob er sie nutzt oder nicht. Wer Kunst liebt, muss ihr einen Ort der Darstellung geben, nicht sich. Wer Kultur in unserer Stadt halten möchte, muss sie fördern, nicht für sich, sondern für uns.

Die Stadt wird kein Geld für die Sanierung in das Freibad stecken können, fehlt es doch überall. Jedoch kann man über Kompromisse nachdenken: Zum Beispiel das Hallenbad im Sommer für drei Monate zu schließen und dafür das Freibad öffnen. Hier ist Flexibilität gefragt. Auch WTV und DLRG müssen hierbei Kompromisse eingehen.

Der Mieter der Cafeteria Hallenbad muss mitmachen. Schulschwimmen muss teilweise neu organisiert werden, die Schulen müssten das mittragen. Das Personal müsste flexibel eingesetzt werden.

Wie geht es mit dem Bad in Dhünn weiter? Was muss im Hallenbad investiert werden? Die 100 000 Euro in Dabringhausen sind hier nur die erste Hürde. Es fehlen ca. 400 000 Euro insgesamt, um das Bad in den nächsten Jahren auf den neuesten Stand zu bringen.

Immer dann, wenn etwas defekt ist und den Betrieb des Bades unterbindet, werden wir Bürger es bezahlen müssen, um den Fortbestand zu sichern. Sind genügend Bürger bereit, ein Freibad aus dem eigenen Geldbeutel zu erhalten? Das Ergebnis ist Bürgerwille.

Wir als Politik wären gut beraten, diesen Willen zu akzeptieren. Egal, wie es ausgeht. Zur Umsetzung des Bürgerwillens gehört aber auch, das sich Bürger in ein gemeinsames Projekt „Wir sind Wermelskirchen!" einbringen.

Dirk Wartmann, (WNK UWG) stellvertretender Bürgermeister

An dieser Stelle veröffentlichte Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

rga.Heute

Politiker sorgen für mehr Sauberkeit

Die Aktion „Saubere Stadt" soll dieses Jahr am Samstag, 24. März (10 Uhr), durch den geballten Einsatz der Kommunalpolitiker um hilfreiche Hände erweitert werden. Dies erhofft sich die WNK UWG. „Ich habe in Anbetracht der Tatsache, wie verboten es teilweise um das Rathaus und die Katt aussieht, im Ältestenrat angeregt, dass bei der Aktion »Saubere Stadt« die Fraktionen des Rates sich massiv einbringen", teilt WNK-UWG-Fraktionschef Henning Rehse mit. Zusätzlich zum Müllsammeln sollen sie auch eine Art Grünflächenpflege mit Entfernen von Unkraut und Aufhacken übernehmen. Die Reaktion der anderen Parteien steht noch aus, Rehse hält das Signal für wichtig: „Es sollte für die Bürger sichtbar werden, dass wir als Politik nicht nur im gemütlichen Kämmerlein über die Probleme diskutieren und das Aussehen der Stadt beklagen, sondern die Ärmel hochkrempeln und uns für eine gute Sache die Finger schmutzig machen." Die WNK UWG will damit auch weitere Bürger animieren, die sich sonst nicht beteiligen, vor ihrer Tür einen „Hausputz der besonders intensiven Art" durchzuführen. *AWe*

WGA 11.01

Bürgerschaftliches Pflege-Engagement

Die WNK-UWG greift in einem Antrag an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umweltfragen das Thema Grünflächenpflege auf. Es werde über den Zustand des Grüns in der Stadt seit Jahren Klage geführt. Dabei werde verkannt, dass unterschiedliche Zuständigkeiten – Stadt, Kreis, Straßen NRW – und untereinander zudem noch geschlossene Verträge bestünden. Beispielsweise werde die Pflege der Ortsdurchfahrt Tente – als Bundesstraße in den Zuständigkeitsbereich von Straßen NRW fallend – nach Fertigstellung mit einer Einmalzahlung in die Zuständigkeit der Stadt fallen – und damit eine weitere potenzielle „Unkrautweide". Die WNK UWG fordert dringend ein Gesamtkonzept. Fraktionschef Henning Rehse: „Die Pflege der Grünflächen kann nur so gut sein wie die Politik personelle und finanzielle Ressourcen bereitstellt und die Verwaltung diese optimal einsetzt." Es wäre unredlich, gepflegte Grünanlagen zu fordern, die Ressourcen aber dem Rotstift zu opfern. Natürlich solle das Rathaus auch das „bürgerschaftliche Engagement" bei der Pflege in die Überlegungen einbeziehen. *red*

BH 18.01.2017

Resolution zum Wanderweg

WERMELSKIRCHEN (BM) Eine Resolution zum Bergischen Panoramasteig beantragt WNKUWG-Fraktionsvirsitzender Henning Rehse für die nächste Ratssitzung am 30. Januar. Diese Resolution sollte seiner Auffassung nach an die Naturarena Bergisches Land, an die Das Bergische gGmbH und den Sauerländischen Gebirgsverein – Hauptgeschäftsstelle Arnsberg – gehen. Darin sollte sich Wermelskirchen für einen einen sanften Tourismus aussprechen, regt Rehse an und schlägt als Resolutionstext vor: „ Der Rat begrüßt grundsätzlich das Projekt Bergischer Panoramasteig – einen neuen quer durch Wermelskirchen verlaufenden überregionalen Wanderweg. Der Rat kritisiert hingegen die Art und Weise, wie bislang das Projekt und die Trassenführung des Weges mit den Eigentümer, Pächter und Nutzern kommuniziert bzw. nicht kommuniziert wurde. Der Rat fordert die Akteure daher auf, keine vollendeten Tatsachen zu schaffen und die Streckenführung des Weges mit den Bauern, Waldbauern, Jägern etc. abzustimmen und einvernehmlich festzulegen."

McDonald's: Henning Rehse fragt nach

WNK-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse fühlt sich falsch informiert in Sachen Neuansiedlung McDonald's (gestrige WGA-Ausgabe). Der WGA hat Ende November / Anfang Dezember 2011 vom Technischen Beigeordneten Dr. André Benedict Prusa gehört, dass von einem Vorhaben McDonald's nichts bekannt sei, schon gar nicht von einer Bauvoranfrage. Henning Rehse hatte kurz vor Weihnachten im Ältestenrat Dr. Prusa und Bürgermeister Eric Weik nach diesem Thema gefragt. Rehse: „Die Antwort der Verwaltung war: Dies sei ihr nicht bekannt." (...) Da frage er sich, weshalb er an Sitzungen des Ältestenrates teilnehmen solle. In der Ratssitzung am 30. Januar möchte er offiziell erfahren, seit wann der Verwaltung das Thema bekannt ist. *s.n.*

KOMPAKT

Henning Rehse misstraut Auskünften der Stadt

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Der Fraktionsvorsitzende von WNKUWG, Henning Rehse, traut der Verwaltungsspitze im Rathaus nicht mehr. Er will jetzt von der Stadtverwaltung wissen, seit wann bekannt ist, dass sich McDonalds am Kreisverkehr in Ostringhausen ansiedeln will. Auch über den weiteren zeitlichen Ablauf des Projektes will er Informationen. Dazu soll sich die Stadtverwaltung in der Ratssitzung am 30. Januar äußern. Denn: Bereits vor Weihnachten hatte Rehse in der nichtöffentlich tagenden Sitzung des Ältestenrates angefragt, ob die Ansiedlungspläne von McDonalds stimmten. Die Antwort der Verwaltungsspitze: Das sei der Verwaltung nicht bekannt. Rehse: „Welchen Auskünften soll ich jetzt noch vertrauen?"

BH 25.01.2012

Freibad-Zahlen ergebnisgeleitet

INTERVIEW Der Fraktionsvorsitzende von WNKUWG, **Henning Rehse**, über die Zukunft des **Freibades Dabringhausen**, die Wahrheit von Zahlen, die „Giftliste", **Kompromisse** in der Politik und die Aussichten für 2012.

VON UDO TEIFEL (TEXT) UND HANS DÖRNER (FOTOS)

Der Haushalt wird am Montag eingebracht. Wie sind die Aussichten? Gibt es nur noch magere Jahre?

Rehse Die Aussichten sind so, dass es eine stabile Mehrheit für einen Haushalt der Vernunft geben wird. Das heißt, es wird Einsparungen geben, dabei werden aber nicht die existierenden Sozialstrukturen und Infrastruktur einfach zerschlagen. Genau das zu verhindern, ist Ansatz der WNKUWG. Insofern kommt es auf die Sichtweise an, ob die Jahre magerer werden oder einfach nur weniger fett, denn wir kommen schon von einem relativ hohen Niveau.

Worauf müssen die Bürger verzichten?

Rehse Das kann man im Moment so nicht beantworten, da zusätzliches ehrenamtliches Engagement der Bürger und auch die Bereitschaft, für Leistungen mehr zu zahlen, Verzicht nicht unbedingt erforderlich machen muss.

Der Kommunalpolitiker Henning **Rehse** in seinem Home-Office-Büro. Der Chemiker ist als „Global Product Manager" tätig. In seiner Freizeit führt er die zweitgrößte Fraktion im Stadtrat.

Fällt das Freibad Dabringhausen dem Rotstift zum Opfer?

Rehse Auch diese Frage kann erst in der Ratssitzung, wo der Haushalt verabschiedet wird, beantwortet werden. Es gibt hierbei zwei Bereiche zu unterscheiden: die jährlichen Betriebskosten und notwendige Reparaturen. Die Politik hat stets einmütig erklärt, dass man anfallende Reparaturen nicht mehr seitens der Stadt stemmen kann. Daraufhin habe ich als Grundvoraussetzung, um über die Betriebskosten überhaupt noch einmal reden zu können, die Forderung aufgestellt, dass der Förderverein die notwendigen Reparaturen selbst übernimmt. Daher der Vorschlag der Spendensammlung von 100 000 Euro, damit der Betrag auch für 2013 reichen könnte.

Wie hoch ist der Reparaturbedarf im Freibad Dabringhausen?

Rehse Da gibt es unterschiedliche Aussagen, offenbar der Interessenlage angepasst: Mal wird von Schließungsbefürwortern über 800 000 Euro gesprochen, mal werden von der Stadt für 2012 70 000 Euro genannt, wobei Eigenleistungen hierbei noch nicht berücksichtig sind. Dann wiederum findet man im Bädergutachten Zahlen für den Gesamtsanierungsbedarf zwischen 330 000 Euro (minimal) bis 420 000 Euro (ideal).

Was passiert, wenn es Spendenzusagen von 100 000 Euro gibt?

Rehse: Dann, aber nur dann, wird die WNKUWG-Fraktion beantragen, dass die zuständigen Gremien des Rates sich erneut intensiv mit dem Betriebskostenzuschuss für das Freibad beschäftigen. Eine Idee der WNKUWG ist zum Beispiel, das Hallenbad im Sommer für drei Monate zu schließen und alle Schwimmaktivitäten nach Dabringhausen zu verlagern. Das senkt dann auch den Betriebskostenzuschuss für das Hallenbad. Des Weiteren muss der Betriebsabrechnungsbogen des Freibades auf Wahrheit und Klarheit hin überprüft werden. Nicht alle dort ausgewiesenen Positionen sind derzeit eindeutig dem Freibad zuzuordnen. Weitere Einsparpotenziale sind auch hier noch zu ermitteln.

Liegen den Politikern eigentlich alle Daten für eine sachbezogene Entscheidung vor?

Rehse Das kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich habe bisweilen schon das Gefühl, dass Zahlen auch ergebnisgeleitet in Umlauf gebracht werden.

Das heißt, es gibt Kräfte in Verwaltung und Politik, die das Freibad unbedingt schließen wollen?

Rehse: Ja, das sehe ich so. Nur sagen diese Kräfte nicht „wollen" sondern „müssen", und das sieht die WNKUWG nun etwas anders. Es war schon merkwürdig, dass, als die Ausfälle der Gewerbesteuer bekannt wurden, das Freibad Dabringhausen von Anfang an ganz oben auf der Abschussliste stand. Für die WNKUWG ist die Konsolidierungsliste ein Gesamtpaket, das in Gänze beraten werden muss. Jeder Punkt muss abgewogen werden und auf seinen Beitrag zum Sparen hin überprüft werden. Die endgültige Entscheidung trifft dann am Ende dieses Prozesses der Rat nach seinen Beratungen und nicht wer

Johanna **Mitzenheim** zog an einem verregneten Juli-Tag 2011 ganz allein ihre Bahnen im Freibad Dabringhausen.

auch immer am Anfang des Prozesses auf Zuruf.

Was passiert, wenn der Verein es nicht schafft, Spendenzusagen über 100000 Euro zu bekommen?
Rehse: Dann brauchen wir in der Politik auch nicht mehr über einen Betriebskostenzuschuss zu reden, dann hat sich das Bad erledigt!

Gibt es Anhänger für Ihren Vorschlag außerhalb der Politik?
Rehse (lacht): Sicher, außerhalb der Politik deutlich mehr als innerhalb der Politik. Die kommen insbesondere aus der Bürgerschaft. Besonders gefreut hat mich aber auch eine Reaktion des Fördervereins, der in der ganzen „Populismusdebatte" mir eindeutig mitgeteilt hat, dass er meinen Vorschlag nie als Garantieerklärung für den Erhalt des Freibads, sondern lediglich als Möglichkeit gesehen hat, wieder ins Gespräch zu kommen.

INFO

Henning Rehse

Alter 49 Jahre
Familienstand verheiratet, einen erwachsenen Sohn
Beruf Chemiker
Politik
1979 Eintritt in die Junge Union
1996 Ausschluss aus der CDU und Gründung der WNK (Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik)
Seit 1989 im Stadtrat und im Kreistag
Seit 2001 Fraktionsvorsitzender der WNKUWG
seit 2009 Vorsitzender der UWG/BfB-Kreistagsfraktion
Seit 2009 Mitglied der Landschaftsversammlung LVR
2011 Landesvereinigung Freie Wähler: Schriftführer
Berufliche Tätigkeit Global Product Manager von ASK Chemicals

Sparen: Strukturen nicht um jeden Preis zerstören

Ihr Bündnispartner Friedel Burghoff hat Ihnen Populismus vorgeworfen. Wie gehen Sie damit um? Belastet dieser Vorwurf nicht die Bündnisarbeit?
Rehse Im Regenbogen arbeiten vier unterschiedliche Fraktionen und der Bürgermeister sachlich und auf Augenhöhe zusammen. Da gibt es natürlich unterschiedliche Sichtweisen zu verschiedenen Themen – und die darf man sich auch öffentlich sagen. Dabei kann es dann auch mal etwas heftiger hergehen, und da bin ich selber sicherlich auch kein Kind von Traurigkeit. Wer austeilt, muss auch einstecken können – und das gilt dann in beide Richtungen. Letztendlich hat sich der Regenbogen bislang bei allen vereinbarten Punkten zusammengefunden und Mehrheiten zustande gebracht. Das wird unabhängig der Frage des Dabringhauser Freibads beim Haushalt 2012 so sein.

Sie können damit leben, aus dem Regenbogen heraus als Populist bezeichnet zu werden?
Rehse Kein Problem, bei Friedel Burghoff weiß man ja, von wem es kommt (Rehse lacht)!

Sparen ist laut Bürgermeister angesagt – Sparen um jeden Preis? Wo ist die Grenze erreicht?
Rehse Ja, es ist Sparen angesagt, da hat der Bürgermeister Recht. Für die WNKUWG und mich gibt es jedoch kein Sparen um jeden Preis. Die Grenze – und das haben wir in den letzten Monaten mehrfach formuliert – liegt da, wo eine der Stadt Wermelskirchen angemessene Infrastruktur zerschlagen und bürgerschaftliche Strukturen zerstört werden.

Was heißt das konkret?
Rehse Ein Hallenbad, eine Außenschwimmgelegenheit, die Katt, die Musikschule, die Bücherei, Stadtmarketing, gepflegte Grünflächen, das sind aus Sicht der WNKUWG die „Big-Points", die es zu sichern gilt.

Das Bürgerforum um Friedel Burghoff kündigt an, radikal sparen zu wollen ohne Rücksicht auf Infrastrukturen. Die WNKUWG sieht das anders. Wohin führt der Weg des Regenbogen-Bündnisses?
Rehse: Den wird der Regenbogen in Kürze gemeinsam der Presse vorstellen und ich bin mir sicher, dass sich in dem dann vorgestellten Gesamtkonzept alle Fraktionen des Bündnisses wiederfinden, weil Politik nun einmal auf Kompromissen aufbaut.

FRAGE DES TAGES

Paten für Grünpflege

BM 24.01.12

HEISSER DRAHT Bürger fordert mehr Initiative

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN „Die Politik, hier besonders der Bürgermeister, verkauft unsere Stadt als die schönste im Bergischen Land. Doch der Eindruck ist ein anderer: Es ist eher eine dreckige Stadt. Das bekomme ich auch immer wieder von Besuchern zu hören, denen das, im Vergleich zu anderen Städten im Rheinland, auffällt." BM-Leser Friedrich Furch nimmt kein Blatt vor den Mund. Er zielt dabei nicht nur auf die Situation vor dem Rathaus ab, wo das Unkraut hinter den Absperrungen sprießt, sondern vor allem auf die Pflanzbeete der Innenstadt. Oder den Kreisverkehr Berliner Straße. „Um unsere Stadt sauber zu halten, sollten die leitenden Angestellten der Stadt Lösungen finden", fordert Furch.

Sein Vorschlag: Noch mehr Patenschaften, die die Pflege übernehmen. Oder zum Beispiel mit dem Jugendcafé Markt Lösungen suchen, wie man die Stadt sauber halten kann. Auch der Verkehrs- und Verschönerungsverein sollte stärker eingebunden werden. Vielleicht könnten Geschäftsleute gefunden werden, denn auch die sollten an einer sauberen Stadt interessiert sein. „Der Bürgermeister sollte hier ruhig mal seine Mitarbeiter auffordern, an diesen Problemen aktiver zu arbeiten." Nach BM-Informationen gibt es derzeit rund 50 private Pflege-Patenschaften und zehn gewerbliche.

Die WNKUWG-Fraktion im Stadtrat greift diesen Gedanken der Patenschaften auf: „Bürgerschaftliches Engagement von Grünflächen sollten in die Überlegungen eines

Wildwuchs hinterm Schutzzaun am Rathaus – seit Jahren das gleich Bild.

BM-ARCHIVFOTO: DÖRNER

Grünflächenkatasters und eines Konzeptes zur Grünflächenpflege einbezogen werden", heißt es in einem Antrag. Dargestellt werden sollte, wie viele personelle und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung von Pflegemaßnahmen in geforderten „Pflegestufen" es gebe. Hier sollten aber auch die Zuständigkeiten (Stadt, Kreis, Straßen NRW) dargestellt werden. Henning Rehse als Vorsitzender besonders in Tente eine künftige „Unkrautwiese" – „eigentlich gehört diese Ortsdurchfahrt in die Pflegezuständigkeit von Straßen NRW. Aber nach einer Einmalzahlung fällt die Zuständigkeit der Stadt zu." Deshalb müsse ein Gesamtkonzept her.

Gemeinsam anpacken

Der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende hat in der letzten Sitzung des Ältestenrates angeregt, dass alle Politiker im Stadtrat bei der „Aktion Saubere Stadt" am 24. März einbringen sollten. „Es sieht verboten aus rund ums Rathaus und die Katt. Da sollten wir als Vorbild für die Bürger aktiv mitwirken und zeigen, dass wir Politik nicht nur im gemütlichen Kämmerlein machen."